GÖTTINGER BLÄTTER

September 2025

Die Linke im Kreistag ★ VVN ★ FG Cuba ★ DKP ★ Grobian ★ GöLinke

Hiroshimatag 2025

Das Göttinger Friedensforum, die Anti-Atom-Inititative und die IPPNW riefen am 9. August zur Kundgebung am Gänseliesel auf!



Im Internet:
www.goettinger-linke.de *NEUES DESIGN*

Kontakt
Post: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: Druckerei Wittchen
Telefon: 05503 3008

Inhalt

Antikriegstag 01.09.	1
VVN-BdA	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
BSW im Kreistag	6
Göttinger Linke	7
Göttinger Linke Ratsinfo	8

Redaktionsschluss
für die Ausgabe 10.2025
ist der 25. September
Auslieferung vorraussichtlich am 30.09.

Antikriegstag 1. September

Nie wieder Krieg! Für Frieden, Abrüstung und soziale Gerechtigkeit! – Auszug aus dem Aufruf

Seit 1959 ist der Antikriegstag ein Tag der Mahnung und Erinnerung. Am 1. September 1939 begann die deutsche Wehrmacht mit dem militärischen Überfall auf Polen den Zweiten Weltkrieg. Dieser Krieg kostete mehr als 60 Millionen Menschen das Leben.

Die Bundesregierung plant (heute) eine gigantische Aufrüstung; sie nennen es Kriegstüchtigkeit!

Wir leben in einer Zeit wachsender internationaler Spannungen und stetig steigender Militärausgaben.

Hunderte Milliarden Euro will man für mehr Waffen, für Soldaten und für militärisch genutzte Infrastruktur ausgegeben. Dafür dürfen dank einer Änderung des Grundgesetzes Schulden in unbegrenzter Höhe gemacht werden – „whatever it takes", so die Äußerung von Bundeskanzler Merz zu den nach oben offenen Rüstungsmilliarden.

Unsere Forderungen zum Antikriegstag 2025:

- Abrüsten statt Aufrüstung! Geld für Bildung, Gesundheit und Soziales, nicht für Panzer und Raketen.
- Keine Stationierung neuer US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland!
- Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland und das Ende der nuklearen Teilhabe Deutschlands im Rahmen der Nato!
- Beitritt Deutschlands zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag (AVV)!
- Stopp der Militarisierung der Gesellschaft! Gesundheitswesen, Bildung und Wissenschaft müssen nicht kriegstüchtig werden.
- Nein zur Reaktivierung der Wehrpflicht!
- Schutz für Kriegsdienstverweigerer aus Russland, der Ukraine und allen Kriegen!
- Beenden jeglicher Waffenlieferungen an die Ukraine und an Israel!
- Druck auf die Israelische Regierung zur Beendigung des Völkermords in Gaza!

FRIEDEN SCHAFFEN DURCH ABRÜSTUNG

1. September 2025
17 Uhr
Antikriegstag Kundgebung
Göttingen am Gänseliesel

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

https://niedersachsen.vvn-bda.de • https://antifa.vvn-bda.de

Mit Sorge schauen wir auf die Pläne in verschiedenen Bundesländern, z.B. in Hamburg, Regelanfragen beim Verfassungsschutz für Bewerber*innen und Angestellte im Öffentlichen Dienst wieder einzuführen. Diesen Monat möchten wir das Statement unseres rheinland-pfälzischen Landesverbandes zu den drohenden Berufsverboten in Rheinland-Pfalz teilen:

05. August 2025

VVN-BdA RLP protestiert gegen die Gleichsetzung Linker – und extrem Rechter Organisationen in der Verwaltungsvorschrift des Landes

Unter der Schlagzeile Keine AfD-Mitglieder im Staatsdienst kündigte der rheinland-pfälzische Innenminister Michael Ebling (SPD) eine Verschärfung der Verwaltungsvorschrift zur Einstellung im öffentlichen Dienst an.

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) begrüßt jeden Versuch, auch jenseits und vor einem möglichen AfD-Verbotsverfahren, alle zur Verfügung stehende Mittel zu nutzen, um die Gefahr, die derzeit von der extremen Rechten und insbesondere von der AfD als ihrem parlamentarischen Arm ausgeht, einzudämmen.

Denn die AfD stellt eine konkrete Gefahr für Millionen von Menschen in Deutschland dar, die einer der diversen Minderheiten angehören, gegen die die AfD hetzt. Das zeigen u.a. die zunehmenden Übergriffe auf queere Menschen.

Die AfD ist außerdem eine Gefahr für alle demokratischen Errungenschaften seit der Niederringung der Nazidiktatur in Deutschland. Sie stellt den Zusammenhalt einer pluralen Gesellschaft grundsätzlich und auf allen Ebenen in Frage.

Nachdem aber die Details der neuen Verordnung bekannt geworden sind, zeigt sich: Sie enthält kein beherztes Vorgehen gegen die Gefahr von rechts. Sie wirft in einem Rundumschlag rechte und linke Organisationen mittels einer fragwürdigen und höchst umstrittenen Extremismustheorie in einen Topf. So ist von der proklamierten Intention leider nichts mehr zu erkennen. Stattdessen führt die Verordnung im Zweifelsfall zur Einschüchterung Jener, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren und bereits jetzt immer wieder Ziel von Angriffen (nicht nur) von der AfD werden.

Die Landesregierung traut offenbar ihren eigenen Analysen nicht, die eindeutig belegen, wo die Bedrohung für die Gesellschaft zu verorten ist. Statt dieser Bedrohung Rechnung zu tragen und politisch Haltung zu zeigen, versteckt sie sich hinter einem Extremismusbegriff, der rechts und links in unzulässiger Weise vermischt. Die Verantwortung über die Entscheidung, wer beim Land angestellt werden darf, gibt sie an den Inlandsgeheimdienst Verfassungsschutz ab.

An einen Inlandsgeheimdienst, der immer wieder den Vorwurf bestätigte, auf dem rechten Auge blind zu sein und in diversen Skandalen durch Verstrickungen mit Nazistrukturen bis hin zu Terrororganisationen wie dem NSU aufgefallen ist.

Dieser Nachrichtendienst hat der Landesregierung eine Liste von Gruppierungen zusammengestellt, auf der sich neben Neonazi Kameradschaften und der AfD auch 18 linke Organisationen sowie nicht näher bestimmte „autonom-antifaschistische Gruppierungen“ befinden. Die Mitglieder dieser Organisationen werden unter Generalverdacht gestellt und ihnen soll (nach einer Einzelfallprüfung) die Einstellung durch das Land verweigert werden können. Das erinnert an den Radikalenerlass in den 70er Jahren, den Willy Brandt später selbst als schweren Fehler bezeichnete. Zu einer solchen Neuauflage dieses Fehlers darf es nicht kommen – zumal je nach Personalbesetzung (Stichwort Maaßen) oder Befindlichkeiten in der landeseigenen Verfassungsschutzbehörde weitere Gruppen hinzukommen können.

Die betroffenen linken Organisationen, wie auch immer man im Einzelnen zu ihnen stehen mag, eint grundsätzlich ein Weltbild, das auf Solidarität, Antifaschismus und der Ablehnung von Rassismus und Ausbeutung basiert. Eine Gleichsetzung mit faschistischen Organisationen verbietet sich.

Die VVN-BdA RLP fordert die Landesregierung auf, die drohenden Berufsverbote für Linke zurückzunehmen. Es liegen ausreichend Erkenntnisse vor, die die Gefahr für die Demokratie von Rechtsaußen belegen. Demnach ist eine Überprüfung von Mitgliedern der AfD politisch nicht nur begründbar, sondern notwendig.

Unsere Vereinigung fordert weiterhin ein Verbot aller faschistischen Organisationen, wie es das Grundgesetz vorsieht.

Termine

Dienstag, 17.09.2025, 16:30 Uhr
Antifaschistischer Stammtisch
Treffpunkt ist das „Café INTI“, Wilhelmsplatz, Göttingen

Antifaschist*innen aus dem Raum Göttingen und Umgebung besprechen bei den Treffen geplante und potenzielle Vorhaben und alles, was noch politisch in Göttingen ansteht.

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba
Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de • www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlung

09. September, 19:00 Uhr, Kleiner Ratskeller, Jüdenstraße

VNB unser Kooperations- u. Bildungspartner
Verein Niedersächsischer BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

Was haben die USA in der Karibik vor?

Der Hegemon fühlt sich von Mächten herausgefordert, die eine neue, multipolare und solidarische Weltordnung vorschlagen.

Autor: Raúl Antonio Capote | internet@granma.cu

Der Aufmarsch von US-Truppen, hauptsächlich Marineinfanteristen, begleitet von Kriegsschiffen, Flugzeugen und einem Atom-U-Boot, hat in Lateinamerika und weltweit Besorgnis ausgelöst.

Die Streitkräfte befinden sich sehr nahe an der Grenze der venezolanischen Hoheitsgewässer. Dieser Schritt, der als Maßnahme zur „Bekämpfung des Drogenhandels" dargestellt wird, ermöglicht es den USA, die Kontrolle über den See- und Luftverkehr über der südöstlichen Karibik zu erlangen.

Die venezolanische Regierung verurteilte die Operation als direkte Bedrohung ihrer Souveränität, lehnte sie entschieden ab und bereitet sich darauf vor sich ihr entgegenzustellen.

„Unsere Meere, unseren Himmel und unser Land verteidigen wir selbst, wir befreien sie, wir überwachen sie selbst machen unsere eigenen Patroullien. Kein Imperium wird Venezuelas heiligen Boden berühren", erklärte Präsident Nicolás Maduro bei einem Arbeitstreffen mit Gouverneuren und Bürgermeistern des Großen Patriotischen Pols Simón Bolívar.

Erinnern wir uns daran, dass die Trump-Regierung 2020 den venezolanischen Staatschef des Drogenhandels beschuldigte und in einem Anflug von Phantasie ein sogenanntes Sonnenkartell im Stil der schlimmsten Drogen-Seifenopern erfand.

Diese interventionistischen Pläne, an denen der derzeitige US-Außenminister Marco Rubio maßgeblich beteiligt war, scheiterten kläglich. Offenbar wollen sie das Fiasko nun wiederholen.

Das ist nicht auf die leichte Schulter zu nehmen, auch wenn die aktuelle Bedrohung Teil der psychologischen Kriegsführung ist: Der Hegemon fühlt sich von Mächten herausgefordert, die eine neue, multipolare und solidarische Weltordnung vorschlagen. Diese Weltsicht ist ihm fremd, und er empfindet sie als Bedrohung.

Angesichts der Stärke der BRICS-Staaten in der Wirtschaftsordnung, insbesondere des Bündnisses aus China, Russland und Indien, mit garantierten Energieressourcen, wird Venezuela zu besitzen von den USA als etwas angesehen, das für ihr Überleben als Imperium von entscheidender Bedeutung ist.

Vietnam erhält 2000 Hektar in Artemisa für Soja- und Gemüseanbau

https://cubaheute.de/2025/08/19/vietnam-2000-hektar-artemisa-soja-gemueseanbau/

Kuba und Vietnam bauen ihre landwirtschaftliche Kooperation aus. Wie lokale Medien berichten, hat die kubanische Provinz Artemisa ein weitreichendes Abkommen mit dem vietnamesischen Unternehmen Viet Royal geschlossen, das die Bewirtschaftung von 2000 Hektar brachliegender Flächen vorsieht.

Das Memorandum zwischen der staatlichen Grupo Empresarial Agroforestal de Artemisa (GEAF) und der Empresa de Alimentos Internacionales Viet Royal wurde im August vom Generaldirektor des vietnamesischen Unternehmens und dem Präsidenten der kubanischen Unternehmensgruppe, unterzeichnet.

Das Projekt umfasst mehrere Entwicklungsphasen. Die ausgewählten Kulturen sind Soja, grüne Bohnen, Erdnüsse, Süßkartoffeln, Malanga und Kartoffeln, die mit Cashew-Bäumen kombiniert werden sollen.

Aufgabenteilung zwischen den Partnern:;

Nach den Vereinbarungen wird GEAF Grundstücke, Fabriken, Lagerhäuser, Treibstoff für den Maschinenbetrieb und landwirtschaftliche Arbeitskräfte bereitstellen sowie die operativen Prozesse verwalten. Viet Royal übernimmt die Lieferung von Maschinen, Grundausstattung wie Saatgut und Düngemittel, technisches Personal und das notwendige Betriebskapital für die Projektdurchführung.

Die Vermarktung der Endprodukte soll in Zusammenarbeit beider Partner erfolgen. Soja und Erdnüsse sind für die Pflanzenölgewinnung vorgesehen, die sowohl für den Binnenkonsum als auch für die Herstellung von Tierfutter verwendet werden soll. Grüne Bohnen und Cashewnüsse hingegen zielen auf internationale Märkte ab.

Die vietnamesische Seite erklärte nach vorläufigen Studien, dass die ausgewählten Gebiete mehrere wichtige Voraussetzungen aufweisen, darunter die Vitalität der Böden, das Klima und die „hervorragende menschliche Qualität". Die kubamische Seite bekräftigte ihren Willen, dass die Kooperation zu einem „prosperierendes Geschäft" für beide Nationen werden solle, und versicherte ihre Bereitschaft, die Ausführungsfristen des Projekts einzuhalten.

Vietnam baut Kooperation mit Kuba aus

Das Abkommen baut auf bereits bestehenden Handelsbeziehungen auf. Die vietnamesische Seite schlug die Möglichkeit vor, Verbindungen mit anderen Gebieten ihres Landes zu knüpfen, um auch wichtige andere Bereiche wie die Viehzucht zu entwickeln.

Vietnam hat bereits in der Provinz Pinar del Río Land für den Reisanbau gepachtet, dessen Ergebnisse nach Angaben beider Seiten bisher sehr zufriedenstellend sind. Die Hektarerträge konnten auf den Flächen seit Beginn des Projekts Anfang des Jahres auf 6,75 Tonnen vervierfacht werden. Die aktuell 1000 Hektar in Pinar del Río können in den nächsten Jahren auf 5000 Hektar erweitert werden.

Parallel zu den Geschäftstätigkeiten führte Vietnam eine Solidaritätskampagne „65 Jahre Solidarität Vietnam-Kuba" durch, bei der nach vietnamesischen Medienberichten 12,1 Millionen Dollar gesammelt wurden – 400 Prozent mehr als das ursprüngliche Ziel von 2,6 Millionen Dollar."

Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen
Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 3, 37073 Göttingen
https://goettingen.dkp.de • goettingen@dkp.de

DKP
Deutsche Kommunistische Partei

Vor 80 Jahren:
Wiederaufbau der KPD in Göttingen

Schon kurz nach der Befreiung Göttingens am 8. April 1945 durch US-amerikanische Truppen, begannen die Göttinger Mitglieder der Kommunistischen Partei Deutschlands sich wieder regelmäßig zu treffen. Der aktive Kern der Partei bestand dabei aus Genossinnen und Genossen, die, wie etwa Karl und Luise Meyer oder Gustav Kuhn, aktiv am antifaschistischen Widerstand teilgenommen hatten.

Aus diesem Kreis erfolgte dann auch im August 1945 die Initiative zur offiziellen Wiedergründung der KPD in Göttingen. In den Akten der Militärregierung findet sich eine handschriftliche Notiz: „Gustav Weiß, Gustav Kuhn, Karl Meyer, August Kage wollen Kommunistische Partei gründen. Als „Vorstand" zeichnet Gustav Weiß. Mitteilung des Informationsbüros am 21.8.1945."

Seit Ende des Jahres 1945 bestand dann in der Groner Straße ein Buchladen der noch nicht genehmigten KPD, in dem eine Mitgliedschaft in der Partei angemeldet werden konnte. Bis zur endgültigen Genehmigung durch die Militärregierung am 12. Januar 1946 trugen hier 450 Personen ihre Mitgliedschaft in der KPD in ein dafür ausliegendes Buch ein.

Am 16. Dezember 1945 fand die erste öffentliche Versammlung der Göttinger KPD nach der Befreiung statt. Der Genosse Hellmut Schmalz stellte dort entsprechend dem Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 zentrale Forderungen der deutschen Kommunisten vor: Verstaatlichung der Schwerindustrie und Großbanken, Zerschlagung der großen Monopole, demokratische Bodenreform und Einheit der Arbeiterbewegung - „Die politische Einigung der Kräfte, welche die Führung des Neuaufbaus zu beanspruchen haben."

Auch im Stadtrat war die KPD vertreten, zunächst durch den Genossen Hermann Fraatz, später kam auch die Genossin Dorothea Grube dazu.

Recht bald allerdings begann sich auch in Göttingen der Wind zu drehen und das antikommunistische Klima des Kalten Krieges verhinderte nicht nur das Zusammengehen von KPD und SPD, sondern sorgte auch dafür, dass die KPD bei den Wahlen zum Stadtrat im September 1946 wieder einen Sitz einbüßte.

Nur zehn Jahre später zwang die Adenauer-BRD die Kommunistische Partei abermals in die Illegalität, bis sich 1968 auch in Göttingen die DKP konstituierte. (sl)

DKP-Göttingen hat wieder ein eigenes Konto:

Nachdem uns die Postbank –ohne Angabe von Gründen – im Dezember 2024 das Konto gekündigt hatte, gibt es nun wieder eines:

IBAN: DE30 4306 0967 4002 4875 13
Es kann also wieder fleißig gespendet werden!



Mitgliederversammlungen:

Dienstag, 02. September

Das Thema der Versammlungen stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest.

Dienstag, 16. September

Vorstellung der Kampagne „Nein zur Wehrpflicht!" der SDAJ

Alle MV'en finden um 20.00 Uhr im Roten Zentrum, Lange Geismarstr. 2 statt

GROBIAN
GRONER BÜRGER INITIATIVE ANTIFASCHISMUS

- Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- Mail: grobian-grone@web.de
- Treffen: Montags, 19 Uhr

unser Kooperations- u. Bildungspartner
VNB
Verein Niedersächsischer BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

GT am 12.08.2025: „Die Stadt sucht Wohnraum für Bedürftige“

„Vermieter können gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen“. So war es zu Lesen im Göttinger Tageblatt. Private Vermieter werden aufgefordert, Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Der kommunalpolitisch interessierte Mensch in Göttingen fasst sich bei dieser Meldung an den Kopf: Ist die Stadt Göttingen nicht im sog. „Bündnis für bezahlbares Wohnen“ gemeinsam mit der LEG, Vonovia und weiteren illustren „Vermietern“?
Dazu Hendrik Falkenberg, Mitglied im Ortsrat Grone, Vorsitzender des Vereins „IN Grone“:
Bezahlbarer Wohnraum sei gesucht für Wohnungslose und geflüchtete Menschen; der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum sei konstant hoch, sagt die Stadt.
Aber der „kommunalpolitisch interessierte Mensch“ fragt sich doch beim Lesen des Artikels, wo sind denn deren bezahlbaren Wohnungen?
Wieso können die – in der Tat realen Probleme - nicht mit denen, die viele Wohnungen in Göttingen vorhalten, gelöst werden? Ach ja, stimmt, die arbeiten ja für ihre Aktionäre, und da ist bezahlbares wohnen nicht vorgesehen. Chancen, die die Stadt wahrnehmen könnte, um selbst aktiv zu werden und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, wurden und werden nicht genutzt.
Beispiel: Das Grundstück der „blauen Hallen“ in Grone Süd, das bis 2021 in Besitz der Stadt war. Der Ratsantrag von der Göttinger Linken, den Grünen und der Partei, dort neue Wohnformen zu unterstützen und damit das Grundstück für Gruppen zu nutzen, die auf dem Wohnungsmarkt keine Wohnung zu bezahlbaren Preisen finden, wurde durch die SPD und die CDU abgelehnt. Das Grundstück wird von DAWE bebaut. Aktuell sind dort Reihenhäuser ab 500.000 Euro aufwärts zu verkaufen. Hier hätte bezahlbares wohnen entstehen können!



Foto oben aus dem Jahr 2021: Kundgebung des Vereins IN Grone)

Foto unten aus 2025: Die gleiche Straßenecke mit den seit ½ Jahr leerstehenden Reihenhäusern (ganze zwei sind bewohnt), die die SPD im Ortsrat so sehr befürwortete.

Aktuelles aus dem Ortsrat Grone

Anfrage von Hendrik Falkenberg für die Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke an den Ortsrat

Die im städtebaulichen Vertag „Wohnbauliche Entwicklung in Grone-Nord und Grone-Süd“ vorgesehene Kita in der Harzstraße ist bisher nicht gebaut worden. Im Vertrag wurde als Baubeginn das Jahr 2020 genannt. Im aktuellen Kitabedarfsplan der Stadt ist zu lesen, dass für 2026 eine neue Kita geplant ist. Bautätigkeit ist nicht zu erkennen, auf der für die Kita vorgesehenen Fläche wurde inzwischen ein Baum gepflanzt.
Wir stellen seit 2021 immer wieder Nachfragen zum geplanten Betrieb der Kita. In den Antworten der Verwaltung wurden bisher als Begründung für die Verzögerung genannt: Corona, erhöhte Baukosten, Verhandlungen mit Bauträgern, Verhandlungen mit Betreibern.

Wir fragen die Verwaltung:
Welche Bedeutung misst die Stadt dem o.g. städtebaulichen Vertrag zu?
Hält die Stadt am Bau der Kita in der Harzstraße fest?
Wie verläuft die Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung und der LEG hinsichtlich des Kita-Neubaus?
Wird die LEG weitere Strafen dafür zahlen, dass sie den städtebaulichen Vertrag nicht einhält?
Wie aktiv treibt die Stadt den Bauprozess und die Trägersuche voran?
Wo liegen aktuell die Hinderungsgründe für den Stillstand der Planung?
Sind durch das Land Niedersachsen Fördermittel für den Kitabau zu erwarten?
Wie wird durch die Verwaltung die Prognose zur Geburtenentwicklung und damit zum Platzbedarf in Grone eingeschätzt?
Wie viele Kinder zw. 1 und 3 Jahren sowie zw. 3 und 6 Jahren leben in Grone; wie viele Krippen- und Kita-Plätze stehen derzeit zur Verfügung?
Wie viele Kinder in Grone konnten zum jetzt beginnenden Kindergartenjahr nicht den gewünschten Platz in der Krippe oder Kita erhalten?



BSW - Fraktion im Kreistag Göttingen

Nichts Neues vom Rosdorfer Baggersee?!

Im Sommer alle Jahre wieder findet das Baden im Rosdorfer Baggersee kurze Aufmerksamkeit bei den Verantwortlichen in der Landkreisverwaltung und bei den Medien: Am 24. Juni warnte die Kreisverwaltung erneut Bürgerinnen und Bürger vor dem „lebensgefährlichen" Baden und kündigte Kontrollen zur Durchsetzung des Badeverbots an. Ähnliche Erklärungen hatte es auch in den letzten Jahren gegeben. Immer mal wieder gab es in den letzten Jahren Kontrollen zur Einhaltung von Parkverboten. Alle in den letzten vierzig Jahren unternommenen Versuche, das Baden unmöglich zu machen, waren zum Scheitern verurteilt.

Der 15 Hektar große Rosdorfer Baggersee entstand im Zuge des Kiesabbaus 1969 und war bereits 1972 in der Bevölkerung als Badesee bekannt. Bis heute nutzen Jahr für Jahr Zehntausende Badegäste den attraktiven See als Naherholungsgebiet, nach Schätzungen mehr als 50.000 im Jahr. Damit ist der Rosdorfer Baggersee einer der beliebtesten Badeseen. In der direkten Umgebung von Göttingen gibt es zudem nur wenige Badeseen. Der Seeburger See ist 20 Autokilometer entfernt. Eine Alternative auch für Fahrradfahrer ist lediglich der etwas kleinere Wendebachstausee.

Aus Sicht des Landkreises ist Kiesgewinnung und Baden im Baggersee grundsätzlich unvereinbar. Bereits 1967 hatte die Firma August Oppermann eine grundsätzlich unbefristete Konzession zum Kiesabbau erhalten. Im August 2013 schätzte die Kreisverwaltung die Dauer des Abbaubetriebs auf weitere 25–50 Jahre.

Tatsächlich hat es laut Wikipedia-Artikel zum Rosdorfer Baggersee seit den 1970er Jahren keinen Unfall gegeben, der mit dem laufenden Abbaubetrieb zu tun hatte und nicht auf grobe Fahrlässigkeit zurückzuführen war. Es werden einige Todesfälle aufgelistet, die auf tragische Unfälle, Nicht-Schwimmen-Können oder Leichtsinn zurückzuführen sind und nichts mit den Badeverhältnissen zu tun haben. Wenn man berücksichtigt, dass es keine Badeaufsicht gibt, ist erstaunlich wenig passiert.

Ernste Konflikte zwischen Badebetrieb und Kiesabbau sind bislang ebenfalls nicht bekannt geworden, obwohl der Badebetrieb auch im Nordbereich in unmittelbarer Nähe zum Förderbetrieb stattfindet und die ruhenden Förderbandanlagen außerhalb der Betriebszeiten häufig als Sprungtürme genutzt werden.
Im Bereich des Kiesabbaus kann es durchaus zu Abrutschungen und damit zur Gefährdung Badender kommen, während im Südbereich solche Gefährdungen nicht existieren.

Aufgrund des Badeverbots fehlt nicht nur eine Badeaufsicht sondern auch eine Müllentsorgung und sanitäre Anlagen. Im online-Magazin www.goest.de wird in den 2010er Jahren von unhaltbaren Zuständen berichtet und durch Fotos den im Uferbereich überall freiliegenden Müll, auch mit Schadstoffen dokumentiert. Nach Schätzungen betrug das Abfallaufkommen allein im zentral-östlichen Teilgebiet des Seeufers in den 2010er Jahren etwa 300 gelbe Müllsäcke pro Jahr. Unregelmäßig, vielleicht ein- bis zweimal im Jahr fuhr damals die Kiesabbaufirma in Großcontainern den Abfall ab. Die Müllprobleme gibt es grundsätzlich immer noch, auch wenn es nach Beobachtungen von Besuchern in diesem und im letzten Jahr etwas besser geworden ist. Aufgrund fehlender Toiletten gibt es am ganzen See Probleme mit Fäkalien.
Problematisch ist auch, dass es keinerlei Gewässeruntersuchung gibt. Da der See faktisch als Badesee genutzt wird, gilt eigentlich die EU-Gewässerrichtlinie, die regelmäßige Untersuchungen vorschreibt. Ein entsprechendes Ansinnen des Landes lehnte der Landkreis mit Verweis auf das Badeverbot ab.

Vor allem in den 2010er Jahren gab es auch von unserer Seite mehrere Versuche zu geordneten Verhältnissen am und im Rosdorfer Baggersee zu gelangen. So stellten wir im August 2014 gemeinsam mit den Piraten den Antrag, das Baden im sicheren Südbereich zu legalisieren, Toiletten aufzustellen, eine geregelte Müllabfuhr und infrastrukturelle Maßnahmen durchzuführen. Dieser Antrag wurde von allen anderen Parteien abgelehnt.
Aktuell stellte die FDP-Kreistagsfraktion zur nächsten Kreistagssitzung im September den Antrag, die Vereinbarkeit von Kiesabbau und Badebetrieb zu prüfen und ein entsprechendes Konzept zu entwickeln. Die Verwaltungsspitze wird sich voraussichtlich für nicht zuständig erklären.

Das ist ein typisches Beispiel für das Problem der herrschenden Politik Realitäten zu ignorieren und sich Problemen nicht zu stellen. Der Baggersee wird als Badesee genutzt und gebraucht, eine Verwaltung, die den Menschen dienen will, muss sich am Interesse ihrer Bürgerinnen und Bürger orientieren.

Kontakt

BSW-Fraktion im Kreistag Göttingen

Kreistag, Zimmer 66
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen
Tel. 0551/525-2108

BSW@landkreisgoettingen.de

Sprechzeiten: Montag 10 bis 12
+ Donnerstag 14 bis 15:30 Uhr



Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke

Spendenkonto:
IBAN: DE75 5209 0000 0041 1265 07

Wir laden Dich herzlich ein:

Die Bezahlkarte, die lt. Stadtverwaltung in 2026 eingeführt sein muss, ist eine weitere Maßnahme, um Geflüchteten das Leben schwerer zu machen und die Freizügigkeit der Inhaber*innen weiter einzuschränken (Wir berichteten in der Ausgabe 07.25 der Göttinger Blätter).

Wir wollen die o.g. Punkte beleuchten und uns um die rechtlichen Voraussetzungen (Bundesgesetz) und Konsequenzen (Umsetzung durch die Stadt Göttingen) kümmern.

Noch in diesem Jahr soll der Rat der Stadt dieses System einführen. Die Ratsfraktion der Wähler*innengemeinschaft lehnt dies ab.
Aber auch außerhalb des Rates muss der Widerspruch laut werden!

Podiumsdiskussion: Bezahlkarte - Einschränkung statt Unterstützung?

Auf dem Podium diskutieren:
Sven Adam - Fachanwalt für Sozialrecht
Mirjam Schülle - M. Sc. Public Health, Universität Kassel
Cornelius Hantscher (Die Grünen) - Mitglied des Rates der Stadt Göttingen und des Sozialausschusses
Jost Leßmann (Göttinger Linke) - Mitglied des Rates der Stadt Göttingen und Fraktionsvorsitzender

17. September
19 - 21 Uhr
Holbornsches Haus
(Rote Straße 34)



Vorabankündigung (save the date):

Kommunalpolitische Ratschläge zur Vorbereitung der Kommunalwahl 2026

1. Ratschlag:
Samstag, 8 Nov., 11.00 – 15.00 Uhr
Hauptthema: Wohnungspolitik

2. Ratschlag
Samstag, 13. Dez., 11.00 – 15.00 Uhr
Hauptthema: Kommunale Finanzen

Beide kommunalpolitische Ratschläge finden statt bei A+L, Lange Geismarstr. 73

Kontakte
Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke

Rotes Zentrum
Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de

Sprecher*innenkreis:
Bärbel Safieh, Christa Siebecke, Christian Schüler, Hendrik Falkenberg, , Jost Leßmann, Peter Strathmann
Schatzmeister:
Gunnar Siebecke

sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

Gruppe Grone:
grone@goettinger-linke.de
Gruppe Gleichen:
gleichen@goettinger-linke.de

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen
Neues Rathaus Zi. 403 (4. Stock)
Hiroshimaplatz 1-4, 37083 Göttingen
Telefon: 0551 - 400 2347
goelinke-ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:
Tim Schlaf

Öffnungszeiten:
Mi: 10:00 - 12:00
14:00 - 16:30 (nach Vereinbarung)
Fr: 10:00 - 12:00

Mandatsträger*innen:
Jost Leßmann (Fraktionsvorsitzender)
Nornia Marcinkiewicz
Torsten Wucherpfennig

Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Ratsinfo

im September aktuell

Neue Website Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke und Fraktion

Die Wähler*innengemeinschaft und die Göttinger Linke Ratsfraktion haben ihre Website zusammengelegt. Schaut gern vorbei:
https://www.goettinger-linke.de.
Alle Nachrichten gebündelt gibt es dort zu finden..

Unter *https://www.goettinger-linke.de/ratsfraktion/* befinden sich alle Inhalte von der Fraktion. (Erreichbar über das Menü oben „Ratsfraktion").

Feedback, Wünsche und Kritik können an *GoeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de* gerichtet werden.

Weiterhin möchten wir auf folgende Website der Stadt Göttingen aufmerksam machen:

https://stadtarchiv.goettingen.de

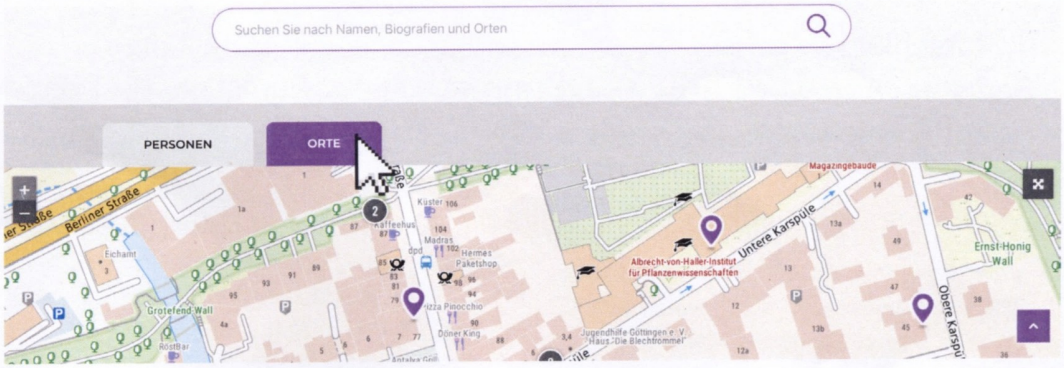


Auf der neuen Website des Stadtarchives der Stadt Göttingen gibt es einige interessante Neuerungen: Der Bereich der Erinnerungskultur ist neu dazu gekommen (siehe Bild oben für Navigation) und bietet spannende Einblicke in die Vergangenheit Göttingens.

Mit der Digitalisierung der Stolpersteine und Gedenktafeln können bspw. jüdische Leben in vergangenen Zeiten der Stadt besser erforscht und erkundet werden. Der erste Stolperstein wurde übrigens 2012 in der Bühlstraße zu Ehren von Hedwig Steinberg in Göttingen verlegt.

Aber auch über andere Persönlichkeiten finden sich hier interessante Infomationen: Otto von Bismarck war zB. mal Bewohner der Roten Straße im Jahr 1832.

Unter Göttinger Gedenktafeln kann weiter unten nach Personen oder nach Orten sortiert werden. Wir laden alle ein, den Service des Stadtarchivs an Anspruch zu nehmen. (Bild rechts)



Kontaktdaten

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus, Zi. 403 (4. Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon 0551 - 400 2347

goelinke-ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:
Tim Schlaf

Öffnungszeiten des Büros:
Mi: 10:00 - 12:00 Uhr
14:00 - 16:30 Uhr
Fr: 10:00 - 12:00 Uhr

Fraktionssitzung:
Mittwoch 17.00 - 18.00 Uhr (öffentlich)